

Esslinger Zeitung

ESSLINGER KREISZEITUNG · PLOCHINGER ZEITUNG

157. Jahrgang | Nr. 190 | Woche 33 | ZKZ 2716

Samstag/Sonntag, 17./18. August 2024

www.esslinger-zeitung.de | 2,50 €

► Aichwald

Goldgelb startet bei strahlendem Wetter



Foto: Roberto Bulgrin

Nach einer etwas verregneten zehnten Auflage startete das Goldgelb-Festival in Aichwald in diesem Jahr bei strahlendem Sonnenschein und mit tausenden Gästen. Das Team vom Kulturverein Krummhardt ist guter Dinge, dass auch die folgenden Tage gut verlaufen. Am ersten Abend gab es Country und Rock auf der Bühne.

Seite 17

200 Jahre Qualitätssekt

Fast 200 Jahre alt ist die älteste Sektkellerei Deutschlands. Der Schaumwein wird auch in einem mittelalterlichen Gewölbe produziert und gelagert. Die Esslinger Kellerei Kessler setzt auf eine Art der Gärung, die hochwertigen Sekt verspricht.

Seite 16



Foto: Roberto Bulgrin

► Ostfildern

Die Sterne sollen sicher aufflammen

Es ist ein Augenschmaus mit Tücken. Beim Feuerwerksfestival Flammende Sterne in Ostfildern hatte es im Vorjahr wegen eines Gewitters Probleme gegeben, und der starke Regen hatte für schlammige Parkplätze gesorgt. Durch ein neues Sicherheitskonzept sollen solche Missstände vermieden werden.

Seite 15

► Lokalsport

Kunstrad-Coup in Hongkong



Foto: Anna Müller

Es war ein besonderes Erlebnis – und ein großer Erfolg: Die Kunstradfahrerinnen Annice Niedermayer (links) und Jessie Hasmüller von der SG Denkendorf/Magstadt haben den Worldcup in Hongkong gewonnen und sind auf dem besten Weg, sich erneut den Gesamtsieg zu sichern.

Seite 20

► Esslingen

Wie geht Demokratie mit Rechtsruck um?

Vor den drei Landtagswahlen im Osten Deutschlands hat der Esslinger SPD-Politiker Nicolas Fink zu einem Gesprächsabend eingeladen. Thema: Was sind die Folgen des zu erwartenden Rechtsrucks für die Demokratie – nicht nur im Osten?

Seite 16

► Heute



28°
18°

► Morgen



24°
18°

Heute im Tagesverlauf zunehmende Wolken, später erste Schauer. Morgen verbreitet Regen, zum Teil auch kräftig.

Ampel einigt sich auf Haushalt – Zwölf-Milliarden-Loch bleibt

Nach langen Verhandlungen verständigen sich die Koalitionsspitzen auf Änderungen am Entwurf für den Bundesetat 2025. Haushaltslücken sollen geschlossen werden. Nun ist der Bundestag am Zug.

BERLIN. Kurz vor Ablauf einer selbst gesetzten Frist haben sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) auf Änderungen am Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 geeinigt. Dabei wurden einige Streitpunkte geklärt, gleichwohl verbleibe noch eine Finanzlücke von zwölf Milliarden Euro. Dieses Geld muss im kommenden Jahr eingespart werden, ohne dass jetzt schon feststeht, wo genau.

„Die langjährigen Erfahrungen aus der Haushaltspraxis zeigen, dass sich im Laufe eines Haushaltsjahres nicht alle Projekte realisieren lassen“, hieß es dazu. „Dies führt dazu, dass ein ‚Bodensatz‘ von Mitteln übrig bleibt.“ Diese Mittel könnten dann gegen die zwölf Milliarden Euro aufgerechnet werden. Die Verabredungen würden nun im sogenannten Umlaufverfahren, also schriftlich, vom Kabinett beschlossen, teilte Regierungssprecher Steffen Hebestreit mit. Anschließend kann der neue Etatentwurf an Bundestag und Bundesrat geschickt werden.

Nach dem Kabinettsbeschluss im Juli hatte es Streit insbesondere über die Frage ge-

„Im Vergleich zum Juli haben wir zusätzliche Investitionen in den Verkehr und Darlehen für die Deutsche Bahn beschlossen.“

Olaf Scholz, Bundeskanzler



Foto: dpa/ Michael Kappeler

geben, inwiefern geplante Darlehen des Bundes an die Deutsche Bahn und die Autobahn GmbH verfassungsrechtlich in Ordnung wären. Das galt auch für das Vorhaben, fünf Milliarden Euro der bundeseigenen Förderbank KfW, die eigentlich zur Finanzierung der Gaspreisbremse vorgesehen waren, anderweitig einzuplanen.

Der Verabredung vom Freitag zufolge soll nun das Eigenkapital der Bahn erhöht werden, und zwar um 4,5 Milliarden Euro. Das Darlehen des Bundes an die Bahn schrumpft dadurch gegenüber der vorherigen Planung auf drei Milliarden Euro. Dabei werde sichergestellt, „dass es sich nicht um einen verdeckten Zuschuss handelt“, unterstrich die Regierung.

Außerdem wird eine um 300 Millionen Euro höhere Zahlung des verstaatlichten Energiekonzerns Uniper an den Bund eingeplant. Zudem werden bei der Vorsorge für den Ausfall von Steuereinnahmen 200 Millionen Euro gekürzt. Die Nutzung der KfW-Mittel und ein Darlehen für die Autobahn GmbH sind offenbar vom Tisch. AFP/dpa/red Leitartikel

► Kommentar

Die Lehren der Pandemie

Wieder breitet sich ein neuer Krankheitserreger aus. Die Mpox-Viren sind jedoch kein Grund zur Panik.

Von Rebekka Wiese

Die Corona-Pandemie ist vorbei. Doch wenn die Weltgesundheitsorganisation eine Notlage ausruft, dann fühlt sich die Covid-Zeit plötzlich wieder nah an seit den Berichten über eine neue Variante von Mpox, früher mal Affenpocken genannt. Und doch muss niemand befürchten, dass ein Corona 2.0 droht. Da sich das Virus über engen Körperkontakt, nicht über die Luft überträgt, breitet es sich nicht so leicht aus wie Covid-Viren.

Es gibt also keinen Grund zur Panik. In Schweden hat jetzt zwar erstmals ein Land außerhalb Afrikas einen Infektionsfall mit der neuen Variante gemeldet. In Deutschland sind bisher keine bekannt. Allerdings wäre es falsch zu glauben, dass man aus diesem Grund nun gar nichts unternehmen müsste. Eine der Erkenntnisse der Corona-Pandemie ist nämlich: Krankheiten, die weit weg entstehen, sind ziemlich schnell hier.

Anders als bei Corona muss der Impfstoff gegen Mpox nicht erst entwickelt werden. Es gibt ihn – aber nicht genug davon. Die EU will den afrikanischen Ländern 175000 Dosen überlassen. Das ist keine Geste europäischer Großzügigkeit. Sondern dringend nötige Prävention, von der Europa selbst profitiert. Das andere, was man aus den Erfahrungen von 2020 lernen kann, ist: In dieser Phase, wo die Krankheit gefühlt fern ist, muss man gut beobachten, wer aus den betroffenen Ländern nach Deutschland kommt. Diese Reisenden müssen besonders vorsichtig sein – im eigenen Interesse und in dem der anderen.

Mehr Mpox-Fälle in Europa erwartet

Die Europäische Gesundheitsbehörde hält das Infektionsrisiko mit dem Virus alles in allem dennoch für gering.

STOCKHOLM. Wegen der schnellen Ausbreitung der Krankheit Mpox in Afrika werden auch in Europa mehr Fälle mit der neuen Variante erwartet. Es sei „sehr wahrscheinlich“, dass es weitere Fälle geben werde, weil es enge Verbindungen zwischen Europa und Afrika gebe, so die europäische Gesundheitsbehörde ECDC mit Sitz in Schweden. In dem Land war am Donnerstag der erste Mpox-Fall einer neuen Variante außerhalb Afrikas bestätigt worden. Das Risiko für die Bevölkerung in Europa schätzt die ECDC nun als niedrig ein, nicht mehr als sehr niedrig.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte wegen der Mpox-Ausbrüche in Afrika und der neuen, womöglich gefährlicheren Variante am Mittwoch die höchste Alarmstufe ausgerufen.

Kommentar

Streit am Gartenzaun: Mehr Gewalt unter Nachbarn

In Sachsenheim eskaliert ein Streit so, dass am Ende ein Mann tot ist – kein Einzelfall. Das Innenministerium meldet mehr als 4000 Verletzte.

HEILBRONN. Eine Hecke, die zu weit über den Zaun wuchert, laute Musik bis spät in die Nacht, überfüllte Mülltonnen, die im Weg stehen: Unter Nachbarn kann es schnell mal zu Konflikten kommen. Immer häufiger münden Streitigkeiten am Gartenzaun aber auch in Gewalt. Nach Angaben des baden-württembergischen Innenministeriums wurden im vergangenen Jahr bei Straftaten unter Nachbarn 4160 Menschen verletzt. Das waren gut fünf Prozent mehr als noch im Jahr zuvor und gut 13 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren.

Die große Mehrheit der Fälle endete mit leichten Verletzungen, 68 Menschen mussten aber mindestens eine Nacht stationär ins Krankenhaus. Zehn Menschen kamen ums Leben. Auch Bedrohungen erfasste die Polizei in den vergangenen fünf Jahren immer häufiger. „Die Bedeutung einer guten Nachbarschaft zeigt sich für viele leider erst, wenn

Zwist und Streit entstehen“, so Justizministerin Marion Gentges (CDU). Die Beziehung zu seinen Nachbarn könne man in der Regel nicht einfach beenden, weil die räumliche Nähe immer wieder zu Berührungspunkten führe, so die Ministerin.

In Heilbronn muss sich ein 45-Jähriger vor dem Landgericht verantworten, weil er seinen Nachbarn im Streit mit einer Art Mistgabel erschlagen haben soll. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann Totschlag vor. Der Auslöser für die Tat war laut der Anklage ein Streit über eine Ruhestörung.

Schon zuvor hatte es immer wieder Polizeieinsätze wegen des „unflätigen Verhaltens“ des 45-Jährigen gegeben. Dieser soll seine Nachbarn immer wieder angepöbelt und beschimpft haben, zudem wirft ihm die Staatsanwaltschaft auch einen Angriff auf einen zweiten Nachbarn sowie mehrere Beleidigungen vor.

dpa/red

EU: Sanktionen gegen Siedler nötig

BRÜSSEL. Nach dem jüngsten Angriff durch extremistische Siedler im Westjordanland fordert der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell Sanktionen gegen Verantwortliche in Israel. Er werde einen Vorschlag für EU-Sanktionen gegen die Unterstützer der gewalttätigen Siedler vorlegen, so Borrell. Damit ein solcher Vorschlag umgesetzt wird, müssten alle 27 EU-Länder zustimmen. Bei dem Angriff wurde nach palästinensischen Angaben ein Mensch getötet.

Die Verhandlungen der Vermittler mit Vertretern von Israel und Hamas in Doha über einen Waffenstillstand in Gaza gingen derweil weiter. Im Zentrum steht die Frage, wer den Philadelphia-Korridor zwischen Gaza und Ägypten künftig kontrolliert.

AFP



4 190271 602501

6 0033